



## **Internationaler Frauentag 2007!**

### **Anne Preusser**

Liebe Kolleginnen,  
So begann es einst mit dem Ruf nach Brot und Rosen!  
Brot für den Körper, die Rose für als Symbol des Wohlergehens der Seele, an kultureller Teilhabe! Brot ..... haben wir erhalten, die Kultur und die Rose werden auch heute nicht zu kurz kommen. Das politische Thema passt wieder zu den Anfängen von 1857, als in New York Textilarbeiterinnen gegen zu geringe Löhne streikten und Brot und Rosen forderten. Den ersten Frauentag in Dänemark, Österreich, Schweden, Schweiz und Deutschland wurde begangen 1911.

Unsere Forderung nach einem Mindestlohngesetz steht thematisch zur Historie des 8. März.

Der Arbeitsverdienst, der nicht ausreicht den eigenen Lebensunterhalt zu sichern, ist in der Bundesrepublik längst nicht mehr nur ein Thema von weiblicher Erwerbsarbeit: Tarifverdienst ist Mindestlohn!

sondern greift die männlichen Arbeitnehmer an. Und weil das so ist, glaube ich, dass wir deshalb eine Debatte in diesem Land um ein Mindestlohngesetz entstanden ist.

- Gleiches Geld für gleiche Arbeit! Sicher könnt Ihr Euch an diese Gewerkschaftliche Forderung erinnern,
- Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt
- Kampf gegen Diskriminierung

Diese waren und sind immer noch Frauenforderungen zur Tarifpolitik. Im Handelsbereich haben wir mit der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge über Jahrzehnte hinweg gute Erfahrungen gemacht. Hierdurch war der Mindestlohn geregelt.

Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen führt dazu, dass alle in diesem Bereich tätigen durch den Tarifvertrag geschützt werden, auch die Arbeitgeber profitieren davon. Denn alle Arbeitgeber in dem Bereich müssen die gleichen Arbeitsbedingungen einhalten, egal ob eine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft bei Arbeitnehmerinnen oder Arbeitgeber im Arbeitgeberverband vorlag. Somit haben alle Arbeitgeber die gleiche Ausgangsposition gehabt und keiner konnte sich Wettbewerbsvorteile durch Umgehung der Tarifverträge holen. Er war ein einklagbarer Rechtsanspruch!

Seit 1999 bzw. 2001, 2002 haben unsere Tarifverträge im gesamten Handelsbereich keine Allgemeinverbindlichkeit mehr. Dass ein Tarifvertrag allgemeinverbindlich wird, erfordert zwei Voraussetzungen:

1. Der Tarifvertrag muss von allgemeiner Bedeutung sein!

Das ist kein Problem dies darzustellen.

1. Und das ist der ausschlaggebende Punkt, dass der Arbeitgeberverband, der diesen Tarifvertrag mit der Gewerkschaft ausgehandelt hat, mehr als 50% der ArbeitnehmerInnen dieser Branche vertritt.

Und genau das ist nicht mehr gegeben. Die Arbeitgeber treiben Tariffucht! Die Arbeitgeberverbände bieten eine Mitgliedschaft ohne Tarifbindung an! Die Arbeitgeber flüchten aus Tarifverträgen und bleiben weiter im Arbeitgeberverband. Denn sie wissen um die Wichtigkeit der gemeinsamen Interessentretung gegenüber den Gewerkschaften und vor allem der Politik. Sie wollen nur nicht mehr ihren Beschäftigten den Tariflohn zahlen. Denn seit Geiz geil ist, gibt es keine Schamgrenzen mehr.

Das Unterbieten der Verdiensttiefe und Kürzung oder Streichung andere gewerkschaftliche Errungenschaften, wie sechs Wochen Urlaub, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, bei Erholungsurlaub und an Feiertagen ist keine Seltenheit mehr. In der Vergangenheit fielen viele ArbeitnehmerInnen unter den Schutz der Tarifverträge. Hier war der Mindestlohn geregelt. Die Tariffucht der Arbeitgeber, Outsourcing an Billiganbieter bzw. Leiharbeiter, der Skandal hoher Arbeitslosigkeit und zuletzt die Einführung der Hartzgesetze hat einen immensen Druck auf die Verdienste ausgeübt. Jede Arbeit muss aufgenommen werden, auch wenn der gezahlte Verdienst 30% unter der tariflichen Vergütung liegt. Dies bringt alle, auch gesicherte Arbeitsplätze in Gefahr. In den Betrieben herrscht die Angst um

den Verlust um des Arbeitsplatzes. Dort, wo wir in der Vergangenheit, mit den Kolleginnen und Kollegen in Betriebsratsitzungen und auf Betriebsversammlungen heftig diskutiert haben, warum auch sozialversicherungsfreie Teilzeitbeschäftigte den Tariflohn erhalten müssen, diskutieren wir nun, über die Absenkung der Verdienste aller unterhalb des Tarifvertrages. Denn das würde Arbeitsplätze schaffen!

Im Handel leben wir von der Binnenwirtschaft. Nur was wir in der Tasche haben, können wir ausgeben und wenn zum Leben kaum etwas übrig bleibt, ist und bleibt die Binnenwirtschaft schwach. In diesem Bereich des Dienstleistungssektors arbeiten besonders viele Frauen, hier verloren wir in den letzten Jahren über 100 000 Vollzeitarbeitsplätze und sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeitsplätze. Der Anteil sozialversicherungs-

freier Arbeitsplätze ist im Handel sprunghaft angestiegen und stellt mittlerweile fast 40% aller Arbeitsplätze. Dazu werden die Frauen untertariflich vergütet. Ein Beispiel, wenn Kolleginnen nicht bereit sind auf Gehalt zu verzichten, wie in unserer Region ein Arbeitgeber mit den Kolleginnen umgegangen ist. Die Reinigungsfrauen wurden entlassen, weil sie nach Tarifvertrag 7,87• pro Stunde verhielten. Das war dem Arbeitgeber zu viel. Er stellte Kolleginnen für 3,50• pro Stunde ein! Ich hätte nicht geglaubt, dass das möglich ist. Der Druck auf die Beschäftigten muss nur groß genug sein! Dies ist ja die Theorie der Neoliberalen!

Oder ein anderes Beispiel: Es werden die Kolleginnen gekündigt, mit dem Hinweis, dass sie zu ihrem Arbeitslosengeld 165,- • dazu verdienen dürfen. Sie können dann wöchentlich 10 Stunden arbeiten

und haben noch ihre Arbeitslosengeld! 4,25 • in der Stunde!

**Deshalb unsere Kampagne:  
Kein Lohn unter 7,50 • pro Stunde!**

**7,50 • pro Stunde** ist am Ende kein Gehalt mit dem wir in Saus und Braus leben. Ich habe es auf der Basis der 40 Stunden in der Woche (172 Std/Mo.) gerechnet, es sind 1290,-• brutto im Monat. Dies soll ein Einstieg sein, um überhaupt mit anderen europäischen Ländern gleich zu ziehen. Von den EU-Ländern haben immerhin 18 ein Mindestlohngesetz. Vergleichbare westeuropäische Länder wie:

- Niederlande(7,96•),
- Großbritannien(7,80•),
- Frankreich (8,03•),
- Luxemburg (8,69•),
- Irland(7,65•)

haben ein Mindestlohngesetz.



**Österreich** braucht kein Mindestlohngesetz, weil alle Arbeitgeber tarifgebunden sein müssen. **Italien** hat alle Tarifverträge per Gesetz für allgemeinverbindlich erklärt. Die ArbeitnehmerInnen der **skandinavischen Länder** sind zu 95% in ihrer Gewerkschaft organisiert. Hier gibt es kein Lohndumping. Außerdem möchte ich noch erwähnen, dass wir dort keine Probleme mit dem Arbeitgeber Lidl oder Schlecker haben. Die behandeln dort ihre Beschäftigten respektvoller.

**Es gibt wohl doch einen Zusammenhang mit der Mitgliedschaft zu einer Gewerkschaft und den Arbeitsbedingungen!?**

Darüber kann frau mal nachdenken und für eine starke Vertretung im Betrieb werben.

Ein Land wie Deutschland, das seit Jahren Exportweltmeister ist, kann nicht ein Hochlohnland sein, was nicht mehr konkurrenzfähig ist, wie uns immer weisgemacht werden soll. Die Produktivität ist entscheidend. Während in den USA die Verdienste in den letzten Jahren um 20% und in Großbritannien um 25% gestiegen sind, sind in Deutschland als einziges europäisches Land die Verdienste gesunken.

Stellt Euch mal vor, die deutsche Nationalmannschaft wäre im letzten Jahr Fußballweltmeister geworden. Die Mannschaft erhielt nach der Weltmeisterschaft weniger Prämie als die Mannschaft der USA oder England, die nicht in die Entausscheidung kamen. Die Schlagzeilen in der NOZ und anderen Medien, es wäre nicht auszudenken! Ich glaube, dass Angela Merkel sich sogar zu Wort melden würde. Bei den Verdiensten der Bevölkerung eines Landes, die Weltmeister im Außenhandel ist, wird so verfahren und alle Neoliberalen dieser Gesellschaft klatschen öffentlich begleitet Beifall.

**Und wir – lassen wir uns nicht auch davon beeindrucken!**

Die Höhe der Löhne in Deutschland ist nicht das Problem, sondern die Verteilung. Von 2005 zu 2006 ist der Zuwachs am Volksvermögen von + 26 Mrd. auf + 42 Mrd. gewachsen. Die Gewinne und Vermögenseinkommen im selben Zeitraum von +32 Mrd. auf +40 Mrd.!

Was meint ihr wie die Entwicklung der Arbeitsentgelte für diesen Zeitraum aussieht? Klar im Jahr 2005 – 6 Mrd. und 2006 + 2 Mrd. Insgesamt ist das Lohnniveau von 72,9% auf 67 % gesunken. Da Frauen in der Verdienstsкала oft im unteren Ende zu finden sind, sinken damit unsere Einkommen weiter. Die Einkommen der Topmanager stiegen gleichzeitig um 300%! Frauen treffen wir dort nach wie vor selten an. Nur 3% Frauen sind in den Führungsetagen der Wirtschaft zu finden. Die Armut in diesem Land steigt stattdessen weiter! Wir haben mit weiter steigender Tendenz mittlerweile 13,5 % Einkommensarme. Es wird vermutet, dass der Prozentsatz real bei 20% liegt, da viele Haushalte total überschuldet sind.

Das Ausmaß des Niedriglohnsektors liegt mittlerweile über den EU-Durchschnitt. Der rasante Anstieg von Teilzeitarbeit und Minijobs macht das ganze Ausmaß erst deutlich. Im Handelsbereich haben viele Frauen in Vollzeitbeschäftigung gerade so ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Vollzeitjobs gibt es so gut wie gar nicht mehr. Minijobs sind an der Tagordnung und die, die noch eine Vollzeitstelle haben, arbeiten häufig mehr als 37,5 Stunden in der Woche. Die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten hat viele Arbeitsplätze gekostet. Wenn das Argument stimmen würde, dass geringe Löhne Arbeitsplätze schaffen, dann wäre in Ostdeutschland die versprochene

blühende Landschaft entstanden. Das Gegenteil ist der Fall, wo hohe Löhne gezahlt werden gibt mehr Beschäftigung wie z. B in Baden-Württemberg.

**Mindestlohn soll ein Jobkiller sein, wird dagegen gehalten.**

Wir behaupten, das Gegenteil ist der Fall. Am Beispiel der Briten, die 1997 ein Mindestlohngesetz bzw. eine eigene Kommission, Low-Pay-Commission genannt, hierfür einführten. Die Kommission ist mit Arbeitgeber, Gewerkschaftern und Wissenschaftlern besetzt. Diese schlagen der Regierung die Höhe der Mindestlöhne vor. Die Empfehlung wurde seit 1999 akzeptiert. Diese Kommission ist die erfolgreichste, die in Großbritannien eingesetzt ist. **Keiner** möchte sie mehr missen. Aber sie ersetzt auch keine Tarifverhandlungen in Großbritannien.

Nach der Einführung des Mindestlohngesetzes sagt eine Studie aus, dass 70% vom Mindestlohn profitieren, vor allen Frauen, zweidrittel der Betroffenen arbeiten in Teilzeitarbeitsverhältnissen, die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen am unteren Ende der Lohnskala wurde um 1% nach oben verringert. Mit der Einführung des Mindestlohnes wuchs die Zahl der Arbeitsplätze, weil damit ebenfalls die Binnen-nachfrage stieg.

**Für jede Beschäftigung ist ein gerechtes Entgelt zu zahlen. Zu diesem Zweck empfiehlt es sich, dass entsprechend den Gegebenheiten eines Landes den Arbeitnehmern ein gerechtes Arbeitsentgelt garantiert wird, das heißt ein Arbeitsentgelt, das ausreicht, um ihnen einen angemessenen Lebensstandard zu erlauben**

(EU Grundrechtscharta -Titel 5 Abs. 1)

Ähnliches steht auch in der Er-

klärung der allgemeinen Menschenrechte.

Arbeit darf nicht arm machen! Ein gerechter Verdienst ist Menschenwürde! Ein menschenwürdiges Leben ist nur möglich, wenn die kulturelle und politische Teilhabe an der Gesellschaft gewährleistet ist.

Kann das Wundermittel des Kombilohnes wirken? Am 2. Oktober 1997 gab Hans Peter Stahl, der damalige Präsident des Industrie und Handeltages, der Zeitung Wirtschaftswoche ein Interview. Ich zitiere:

**„ Wir können nicht auf einen Schlag das gesamte Sozialniveau absenken, ohne dass die Sozialpolitiker aller Couleur aufschreien. Deshalb halte ich es für sinnvoll, über den Kombilohn diesen tabuisierten Bereich aufzubrechen. Er ist für uns eine Art trojanisches Pferd, das wir bei den Gewerkschaften und Sozialpolitikern aufstellen.“**

Ich erinnere noch einmal an mein Beispiel der Kolleginnen, die mit 165,-• weiter bei ihrem Chef arbeiten sollten und die Arbeitslosengeld als Gehalt ansehen sollen. Das ist Kombilohn!!!!

Mit staatlichen Zuschüssen sollen ArbeitnehmerInnen in diese Niedriglohnsektoren gelockt werden. Der Politik verspricht man die Schaffung mehrerer 100 000 Arbeitsplätze. Hier sollen Steuergelder eingesetzt werden, die dringend für Bildung, Forschung, Kinderbetreuung und und und gebraucht werden. Profitieren wollen die, die ohnehin in den letzten Jahrzehnten geschont wurden, ohne Arbeitsplätze zu schaffen. Die Gewinne der Unternehmen sollen von uns dann noch subventioniert werden. Sie werden weiter die Lohnhöhe absenken, der Staat gleich es ja aus!

**Geringqualifizierte können einen Job finden, wenn sie auf mehr Gehalt verzichten, dass sagen die Arbeitgeber und Neoliberalen Politiker und nun auch Professor Bofinger. Jemand der die neoliberale Wirtschaftspolitik in diesem Land seit Jahren kritisiert.**

Der Irrglaube geringe Qualifikation sind der Grund für Niedriglöhne, ist längst empirisch widerlegt. Frauen sind zu **64,8%** von Niedriglöhnen betroffen, und das bei der bestausgebildete Frauengeneration,

- **62%** aller ArbeitnehmerInnen haben eine abgeschlossene Berufsausbildung,
- **65%** sind 30 Jahre und älter und
- **67%** üben keine einfachen Tätigkeiten aus!

Die Ergebnisse dieser empirischen Untersuchung besagen vielmehr, dass der Bezug von Niedriglöhnen struktureller Faktoren zu Grunde liegt.

1. Frauen werden zu 71% geschlechtlich diskriminiert,
2. In Dienstleistungsbereichen wird zu 63% der Niedriglohnberufen gearbeitet,
3. zu 81% arbeiten die ArbeitnehmerInnen in Kleinbetrieben mit bis zu 99 Beschäftigten.

Lasst uns das trojanische Pferd des Kombilohnes erkennen und mit unserer gemeinsamen Forderung nach einem Mindestlohngesetz unterstützen.

Arbeit darf nicht arm machen, von der Arbeit muss die Frau selbstständig leben können, ohne auf Fremde Hilfe angewiesen zu sein! Der Mindestlohn ist nur ein Teil unserer alternativen Strategie. Die Einführung mit zunächst 7,50 • darf nur dort eingeführt werden, anstelle **nicht** vor-handenen oder schlechten Tarifverträgen. Der Mindestlohn darf und soll keine Tarifverträge ersetzen, in der Tarifpolitik muss weiter der Verteilungsspielraum versucht werden auszuschöpfen. Der Mindestlohn muss unter Beteiligung der tarifschließenden Parteien, sprich Gewerkschaften und Arbeitgebern, stattfinden.

Einen gesetzlichen Mindestlohn gibt es in Deutschland bereits im Reinigungsgewerbe durch das Entsendegesetz! Wir müssen für ein Leben in Würde führen können, auch im Alter. Renten hängen vom Verdienst im Erwerbsleben ab, wenn dieser gering ist, ist die Rente ebenfalls gering. Einmal arm immer arm kann nicht die Alternative sein! Wer arm ist stirbt früher! Gesetzlich wird bereits in die Rentenhöhe eingegriffen, auch durch Anhebung des Rentenalters. Junge Frauen suchen häufig immer noch Sicherheit in der Ehe und hoffen mit Minijobs das Familieneinkommen aufzubessern. Dabei wurde von vielen nicht wahrgenommen, dass die Hinterbliebenenrente, für Ehen, die nach 2001 geschlossen wurden, auf 28 % abgesenkt ist. Ein eigener Rentenanspruch wird im Alter zur Frage der Würde! Wir Frauen habe keine andere Chance, als uns einzumischen beim Mindestlohn. Was tun?

Im Internet unter [www.Mindestlohn.de](http://www.Mindestlohn.de) informieren wir. Ich möchte schließen mit dem Worten aus dem Jahr 1938:

**Wir wollen in unserem Land kein Unternehmen, die Löhne bezahlen von denen die Menschen nicht leben können. Ich meine damit, dass Löhne gezahlt werden müssen, die den Menschen ein vernünftiges Leben ermöglichen!**

Roswell, 1938 konservativer Politiker

Der internationale Frautag begann damit, dass Frauen demonstrierten, das Lohn für Brot und Rosen, sprich Leib und Seele reichen muss! Wir streiten heute für ein Mindestlohngesetz, weil wir Brot und Rosen wollen.

**Anne Preusser ist Gewerkschaftssekretärin bei ver.di - Bezirk Weser-Ems - Fachbereich Handel**

**Wir bilden die Zukunft -  
Wer, wenn nicht wir?**